

Berlin plant Reform der Reform

WESTFALENPOST 09.03.2016

Fünf Jahre nach Fukushima: Mehr Wettbewerb beim Ökostrom

Von Jakob Schlandt



Berlin. Am Freitag jährt sich die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima zum fünften Mal – und damit auch die Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), bis 2022 aus der Atomkraft auszusteigen und auf erneuerbare Energien zu setzen. Schon 2015 lag deren Anteil an der Stromerzeugung bei rund einem Drittel, 2025 sollen es 45 Prozent sein. Derzeit arbeitet die Regierung an der größten Reform der Ökostromförderung seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2001. Es soll mehr Wettbewerb einziehen.

Was ist die wichtigste Änderung?

Im EEG 2016 wird die Ökostromförderung komplett geändert. Bislang galt, dass Betreiber von Ökostromanlagen wie Windparks oder Solarfeldern schon während der Planung mit festen Einnahmen kalkulieren konnten. Der Preis pro Kilowattstunde, den sie für bis zu 20 Jahre erhalten, war im Gesetz festgeschrieben. Diese Form der Finanzierung wird nun großenteils abgeschafft. In Zukunft müssen die meisten Investoren mit ihren geplanten Anlagen an Versteigerungen teilnehmen, sogenannten Ausschreibungen. Den Zuschlag für den Bau erhält, wer möglichst wenig für seinen Strom verlangt. Für alte Anlagen gelten die bestehenden Regeln weiter.

Wie steuert die Regierung die Geschwindigkeit der Energiewende?

Bislang steuerte die Regierung nur indirekt: Sie änderte, wie viel die Betreiber einer Anlage pro Kilowattstunde erhielten. Künftig greift die Bundesregierung direkt ein. Sie hat ein Gesamtziel festgelegt. 2025 soll der Ökostromanteil am Strommix 45 Prozent betragen. Über eine komplizierte Formel ist dadurch auch bestimmt, in welchem Umfang Windenergie- und Solaranlagen jährlich neu gebaut werden dürfen. Bisher gibt es keine Grenze. Die 45 Prozent sind weniger, als grüne Opposition und Umweltverbände verlangen. Und es bedeutet, ein geringeres Wachstum im Vergleich zu den vergangenen Jahren.

Warum ändert die Bundesregierung das Gesetz?

Sie erwartet, dass die Energiewende günstiger wird, denn Regierung und Parlament haben beim EEG in



Der Anteil der Windenergie am Strommix soll weiter steigen. Die Offshore-Windkraft liefert zuverlässig Strom, ist aber vergleichsweise teuer. FOTO: IMAGO

der Vergangenheit viele Fehler gemacht, als sie die Preise festsetzten. Oft konnten Lobbygruppen verhindern, dass die Preise gekürzt wurden, obwohl das möglich gewesen wäre. Die EEG-Umlage, der Preis, den die Verbraucher indirekt an die Ökostromkraftwerke zahlen, liegt deshalb inzwischen bei 6,354 Cent pro Kilowattstunde. Zudem fordert die EU-Kommission mehr Wettbewerb im Stromsektor.

Was bedeutet die Umstellung auf Ausschreibungen?

Ob Ausschreibungen die Kosten für die Energiewende senken können, ist strittig. Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass der positive Effekt durch die echte Preiskonkurrenz häufig zunichte gemacht wird durch höhere Risikoaufschläge – Geld das die Investoren verlangen, wenn sie nicht sicher zum Zug kommen. Gerade die Windkraft ist ab 2017 von der Umstellung auf

komplexe Ausschreibungsverfahren betroffen. Das könnte sogenannte Bürgerwindparks, bei denen sich kleinere Investoren vor Ort zusammenschließen, abschrecken.

Sind auch kleine Solaranlagen von den Auktionen betroffen?

Nein. Im Gesetz ist eine Grenze von einem Megawatt Leistung vorgesehen, ab der das Ausschreibungsprinzip gilt. Kleine Anlagen von Privatinvestoren liegen weit darunter. Aber: Die Solarenergie hat sich nach deutlichen Absenkungen der Einspeisevergütung und viel zusätzlicher Bürokratie zuletzt sehr schwach entwickelt, der Neubau liegt weit unter den Zielmarken der Bundesregierung.

Was ist mit Biomasse-Kraftwerken, Strom aus Erdwärme und anderen kleineren Ökostrom-Quellen?

Sie spielen nur noch eine Nebenrolle, der Ausbau war im Vergleich zu Sonnen- und Windkraft in den vergangenen Jahren sehr gering. Deshalb bleiben sie bei Ausschreibungen außen vor. Die Vergütung für Investoren bleibt aber gering.

Wird die EEG-Umlage für die Verbraucher weiter steigen?

Vermutlich wird die EEG-Umlage noch steigen. Der Think-Tank Agora Energiewende rechnet 2023 mit 7,6 Cent pro Kilowattstunde. Danach sinkt sie langsam, weil alte Anlagen aus der Förderung fallen.

Wie läuft die Energiewende überhaupt?

Die Stromerzeugung ist trotz aller Kritik am gedrosselten Ausbau und den Netzproblemen das Glanzstück der Energiewende. Allerdings stößt das Stromnetz oft an seine Grenzen. Denn die meisten Erneuerbare-Energien-Quellen liefern stark mit dem Wetter schwankende Erträge, die alten Kohlekraftwerke können aber nicht flexibel genug darauf reagieren.

Wie sieht es außerhalb der Stromerzeugung aus?

Sehr viel schlechter. Bei der Energieeffizienz gibt es wenig Fortschritte. Die Wärmesanierung kommt kaum voran. Auch der Verkehrssektor leistet zu wenig. Das Ziel, eine Million Elektro-Autos bis 2020 auf deutschen Straßen zu haben, wird wohl nicht erreicht. Insgesamt läuft die Bundesregierung Gefahr, das deutsche Klimaschutzziel für 2020 zu verfehlen.